

Nach dem Brexit: Vorrang für ein soziales Europa

GERHARD BOSCH

Ginge es nur um den Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU), könnte man auf den Brexit gelassen reagieren. Abstimmungen in der EU werden wahrscheinlich einfacher, und an großem wirtschaftlichen Schaden sind beide Seiten in den Austrittsverhandlungen nicht interessiert.

Es geht aber um viel mehr! Für den Brexit haben vor allem die gestimmten, die sich als Verlierer unkontrollierten internationalen Wettbewerbs sehen. Das sind die bedrohte Mittelschicht, darunter die Kerngruppe der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie, die Arbeiter. Ihre Wut hat sich gegen die EU und Ausländer gerichtet, nicht aber gegen die Mitverantwortlichen der sozialen Spaltung im eigenen Lande. Das ist längst kein britisches Phänomen mehr. In der jüngsten Präsidentschaftswahl haben in Österreich mehr als 80 % der Arbeiter für die nationalistische FPÖ gestimmt.

Es ist genau das eingetreten, was Mario Monti in einer klaren Stunde in seinem Bericht vom 9. Mai 2010 zur Wiederbelebung des Binnenmarktes befürchtet hatte. Damals ging es u.a. um die Urteile des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) in den Rechtssachen Viking-Line, Laval, Ruffert und Kommission gegen Luxemburg. Der EuGH hat in seinen Entscheidungen der Wettbewerbsfreiheit den Vorrang vor sozialen Grundrechten eingeräumt. Danach dürfen nationale soziale Standards, wie das Streikrecht, Tarifverträge oder Mindestlöhne, nicht „unverhältnismäßig“ in die Wettbewerbsfreiheit eingreifen. Diese Nachrangigkeit der sozialen Dimension berge die Gefahr – so Monti –, dass „sich ein Teil der öffentlichen Meinung – die Arbeiterbewegung und die Gewerkschaften, die lange Zeit wichtige Befürworter der wirtschaftlichen Integration waren – vom Binnenmarkt entfremdet“.

Diese Entfremdung ist jetzt eingetreten. Die Abkehr von der EU ist auch eine Revolte gegen deregulierte Märkte und wachsende soziale Ungleichheit. Die inflationären Versprechungen zu den Segnungen des Binnenmarktes, der Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und der Deregulierung der Produktmärkte sind unglaubwürdig geworden. Erinert sich noch jemand an den Cecchini-Report von 1988? Er versprach 2 Mio. zusätzliche Arbeitsplätze durch den Binnenmarkt. Auf diese Arbeitsplätze warten wir immer noch, ebenso wie auf die versprochene Million neuer Jobs durch die Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte und weiterer, in Gefälligkeitsstudien gegebener Zuwachsprognosen.

Vor allem geht der Sozialabbau ungebremst weiter. In Südeuropa greift die EU zusammen mit dem Internationalen Währungsfonds (IWF) in Kernnormen des Arbeitsrechts ein, zu denen sie sich in der europäischen Sozialcharta feierlich verpflichtet hat. Im Handelsabkommen CETA (Comprehensive Economic and Trade Agreement) mit Kanada wurde erneut die Nachrangigkeit sozialer Schutznormen festgeschrieben. Sie dürfen – so heißt es dort – keine „verdeckte Behinderung des internationalen Handelns“ darstellen.

Aus Sorge, als europa- oder gar fremdenfeindlich zu gelten, haben sich viele Kritiker der marktradikalen EU-Politik lange zurückgehalten. Das

war ein großer Fehler, da die rechten Populisten in diese Lücke vorstoßen konnten. Man kann ihrer EU-Kritik nur das Wasser abgraben, wenn das europäische Projekt durch eine Stärkung seines sozialen Fundaments wieder glaubwürdig wird.

Ein schnelles Zusammenwachsen der EU-Staaten zu einem europäischen Sozialstaat ist zwar eine attraktive Utopie, wird aber in absehbarer Zeit nicht konsensfähig sein. Realistischer ist eine Kombination von „weniger“ und „mehr“ Europa. Mit dem „weniger Europa“ geht es um die Beendigung der „negativen Integration“ (Fritz Scharpf) über Eingriffe der EU in nationale Schutzrechte. Soziale Grundrechte müssen wieder den Vorrang vor Wettbewerbsregeln erhalten. Wenn die Staaten ihre Sozialsysteme wieder selbstständig gestalten können, werden ausländische Unternehmen nicht benachteiligt. Schließlich müssen sich alle in einem Land aktiven Unternehmen an die gleichen Regeln halten.

Für ein Europa von morgen reicht eine Verteidigungslinie gegen den Sozialabbau von oben allerdings nicht aus. Nötig sind vor allem Visionen und konkrete Vorschläge für eine „positive Integration“. Diese müssen einerseits überzeugende Programme zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosigkeit, vor allem der dramatisch hohen Jugendarbeitslosigkeit in vielen EU-Ländern, und eine Bekämpfung sozialer Ungleichheit einschließen.

Kurzfristige Beschäftigungseffekte lassen sich durch eine schnelle Beendigung der Austeritätspolitik erzielen. Unterfinanzierte Placebo-Programme wie der Junker-Plan erschüttern die Glaubwürdigkeit der EU nur weiter. Das Versprechen, mit 21 Mrd. € der EU einen Hebeleffekt von 315 Mrd. € zu erzielen, grenzt schon an Alchimie. An Alternativvorschlägen zu gut ausfinanzierten europäischen Investitionsprogrammen – ich denke nur an den DGB-Vorschlag zu einem europäischen Marshallplan – und zur Erhöhung der Investitionsquote in Deutschland fehlt es nicht.

Anders sieht es bei den Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Sozialmodells aus. Vorschläge zur fälligen Weiterentwicklung der EU-Direktiven, etwa zum Schutz prekär Beschäftigter, zur Arbeitszeit oder zu den europäischen Betriebsräten, kommen aus Angst vor Verschlechterungen erst gar nicht auf den Tisch, ganz abgesehen von neuen, sicherlich noch nicht ausgereiften Ideen etwa zu einer europäischen Arbeitslosenversicherung. Die Gewerkschaftsbewegung in Europa ist in nationale Abwehrkämpfe verstrickt und hat keine überzeugenden europäischen Reformprojekte mehr. Dieser programmatische Notstand ist beängstigend. Denn ohne eine überzeugende Reformagenda wird man die Mehrheitsverhältnisse nicht ändern können. ■

GERHARD BOSCH, Prof. Dr., ist Seniorprofessor am Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) an der Universität Duisburg-Essen, das er bis Mitte 2016 als Geschäftsführender Direktor geleitet hat. Arbeitsschwerpunkte: Arbeitsmarkt- und Wirtschaftssoziologie.

@ gerhard.bosch@uni-due.de